

«Schweiz steckt nicht im Reformstau»

Zürich: Der Politologe Andreas Ladner zum aktuellen Stand der Politik in der Schweiz

Die Schweiz sieht sich wie andere westliche Demokratien mit einer Vielzahl erheblicher Herausforderungen konfrontiert. Doch befindet sie sich nach Ansicht des Politologen Andreas Ladner nach wie vor in einer relativ komfortablen Lage. Trotz der vielen Nein zu Abstimmungen in jüngerer Zeit erkennt er bei der Stimmbevölkerung Reformbereitschaft.

STEFAN SCHNEITER
UND MICHAEL SCHOENENBERGER

Das Schlagwort «Reformstau» ist in aller Munde. Teilen Sie die Ansicht, dass die Schweiz ihre Hausaufgaben nicht macht?

Andreas Ladner: Die Schweiz wie auch andere Länder stehen vor beträchtlichen Herausforderungen, die sie bewältigen müssen. Mit dem Schlagwort Reformstau wäre ich aber vorsichtig. Interessant ist, wer diesen Begriff in die öffentliche Diskussion eingebracht hat und wem dieser zu nutzen scheint.

Wer hat den Begriff eingebracht?

Zwei Lager, die teilweise miteinander verbunden sind. Zum einen ist es die FDP, die sich neu zu positionieren versucht und die sich gegenüber der grössten Konkurrenz auf bürgerlicher Seite, der SVP, abgrenzen muss. Die FDP will sich als reformfreundige, offene und fortschrittsorientierte Partei profilieren. Zum Zweiten ist es ganz offensichtlich die Wirtschaft, die sich Veränderungen in unserem politischen System wünscht. FDP und Wirtschaft finden hier neue Gemeinsamkeiten.

Wie möchte die Wirtschaft das politische System verändern?

Namhafte Wirtschaftsvertreter in der Schweiz haben erkennen müssen, dass es sehr schwierig ist, die eigenen Ideen durchzubringen und in der direkten Demokratie umzusetzen. Lange Zeit thematisierten sie die wachsende Staatsquote und versuchten, ein Problem-

bewusstsein in den Köpfen der Leute zu verankern. Offensichtlich ist aber das Volk nicht bereit, hier einschneidende Schritte vorzunehmen.

Steckt die Schweiz denn im Reformstau?

Nein, sie steckt nicht im Reformstau. Die politischen Systeme in Kantonen und Gemeinden sind in Bewegung geraten, und auch in verschiedenen Politikbereichen hat die Schweiz in den letzten Jahren Entscheidendes geleistet. Anstrengungen gab es im Bereich Umwelt, auch im Bereich Verkehr ist man vorangekommen. Noch sind viele Probleme zu lösen, aber die Sensibilisierung und Reformbereitschaft sind vorhanden.

Haben nicht generell in den letzten 30 Jahren die Politikverdrossenheit und das Misstrauen gegenüber der Politik – ähnlich wie bei andern Autoritäten wie Pfarrer, Lehrer – stark zugenommen?

Schon seit 30 Jahren ist von einer zunehmenden Politik- und Parteienverdrossenheit die Rede. Es müsste also ziemlich schlimm aussehen. Insgesamt ist aber das Vertrauen in das Funktionieren des Staates nach wie vor vorhanden. Viele Menschen sind vielleicht nicht einverstanden mit allen Entscheidungen, die gefällt werden. Es gibt aber keine empirischen Befunde, die belegen, dass der Staat schlecht funktioniert und ein grosser Handlungsbedarf besteht, der nicht wahrgenommen wird.

Am 18. Mai 2003 ist die Linke mit einer ganzen Reihe von Reformideen gescheitert, im Frühling 2004 die Rechte. Bürgerliche und linke Anliegen finden keine Mehrheit. Was heisst das für die Schweiz?

Eigene Konzepte, wie Staat und Gesellschaft organisiert werden sollen, können nicht umgesetzt werden. Man kommt nur einen Schritt weiter, wenn es gelingt, über das eigene Lager hinaus Leute zu überzeugen.

Hat sich seit den Wahlen vom letzten Herbst diese Konsenssuche erschwert?

Kurzfristig hat sich das erschwert. Wir haben eine neue Zusammensetzung der Regierung und ein neues Parlament, dessen Mitglieder mit unterschiedlichen Erwartungen und Ängsten an die Arbeit gehen. Diese Leute müssen sich zuerst einmal finden, zuerst auch ihre Erfahrungen sammeln, wie schwierig es ist, ihre Maximalforderungen gemäss Programm durchzusetzen.

Haben die vielen Nein in den letzten Abstimmungen mit der neuen Zusammensetzung der Regierung und des Parlaments zu tun?

Teils, teils. Es ist sicher so, dass vor dem Hintergrund der Wählerstimmengewinne der SVP auf der rechten Seite eine Euphorie aufgekommen ist. Man meinte, einen Schritt weiter gehen zu können und hat die Vorlagen des Bundesrats «nachgebessert». Das hat letztlich zum Scheitern der Vorlagen geführt.

Der Bundesrat ist nach rechts gerückt. Geben nun bewusst viele Stimmbürger Gegensteuer?

Diese Tendenz, Gegensteuer zu geben, ist dann und wann zu beobachten. Das Volk gibt aber nicht aus Prinzip Gegensteuer. Zwar hat die Linke in letzter Zeit sehr viel investiert, um zu zeigen, dass mit ihr auch in Zukunft Politik gemacht werden muss. Im Falle des Steuerpakets oder von Avanti glaube ich aber nicht an diese These. Der Stimmbürger hat das Gefühl gehabt, nein, so geht es nicht, weil es schlechte Vorlagen waren.

Es ist offensichtlich, dass die Positionen im Bundesrat weit auseinander liegen. Welche Schuld trifft den Bundesrat, wenn sich die Schweiz nicht bewegt?

Die Regierung kann nur bis zu einem gewissen Punkt Führung übernehmen, indem sie Vorlagen so ausarbeitet, dass sie auch im Parlament eine Mehrheit finden. Das System ist aber eben darauf angelegt, dass nicht die Regierung sich durchsetzt. Hier herrscht Handlungsbedarf. Auch die

neu zusammengesetzte Regierung muss sich mit der politischen Realität auseinandersetzen und darauf achten, Vorlagen durchs Parlament zu bringen. Einen Zusammenhang zwischen dem zweimaligen Scheitern von Vorlagen und dem Reformstau herzustellen wäre zu einfach. Es waren ja nicht Vorlagen dieser neuen Regierung.

Trauen Sie Christoph Blocher zu, dass er fähig ist, mit politischen Gegnern in der Regierung zusammenzuarbeiten?

Er ist gewählt in dieser Funktion und es ist seine Aufgabe, mit den anderen zusammenzuarbeiten und zu mehrheitsfähigen Lösungen zu kommen. Er ist erfahren genug und kennt die politische Feinmechanik, damit er das auch machen wird.

Wären Reformen schneller zu verwirklichen, wenn die Schweiz zu einem Oppositionsmodell wechseln würde?

Muss die Schweiz schneller zu Reformen kommen? Wir sind nach wie vor in einer relativ komfortablen Lage. Es ist ja nicht so, dass uns beispielsweise bei den Sozialversicherungen überall das Geld schon ausgegangen ist, sondern wir stellen Weichen für die Zukunft. Da hat es durchaus noch ein bisschen Raum und Zeit, sich auf eine Lösung zu einigen oder Wege zu finden, die dann die notwendigen Einsparungen bringen und sozial verträglich sind.

Hat eine gewisse Langsamkeit der Konkordanzdemokratie auch Vorteile?

Es lässt sich in der Tat nicht nachweisen, dass Konkordanzsysteme im wirtschaftlichen Bereich, was die Leistungsfähigkeit anbelangt, schlechter abschneiden. Auch lässt sich nicht nachweisen, dass eine hohe Staatsquote zu einem tiefen Wirtschaftswachstum führen muss. Das beweisen z. B. die skandinavischen Staaten, etwa Schweden. Konkordanzdemokratien schneiden aber besser ab hinsichtlich der Legitimation und

der Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Könnte es auch an der eher konservativen Mentalität der Schweizer liegen, dass Neuerungen es schwer haben?

Ja, wahrscheinlich schon. In der Schweiz werden nicht als Erstes neue spektakuläre Lösungen gesucht. Die Schweizerinnen und Schweizer schauen erst mal, wie es in andern Ländern läuft und kommen dann oft zum Schluss, dass grosse Änderungen gar noch nicht so dringlich sind.

Ist der Staat nicht überfordert, die zunehmend komplexeren Probleme einer global vernetzten Gesellschaft zu lösen? Stösst der Staat als Steuerungsinstanz an sein Limit?

Der Staat ist gefordert, aber nicht überfordert. Allgemein gültige Rezepte gibt es nicht im Sinne von «nur der Markt/nur der Staat kann die Probleme lösen». Das sind Schlagworte aus dem Kalten Krieg. Es gibt nicht mehr die zwei sich gegenüberstehenden Systeme von Markt- oder Planwirtschaft. Heute gilt es differenziert zu eruieren, in welchen Bereichen der Staat eine wichtige Rolle und die Verantwortung übernehmen soll und in welchen Bereichen mehr Wettbewerb spielen soll.

Sie sehen keine Alternativen zum Staat, um den heutigen grossen Regelungsbedarf in modernen Gesellschaften zu optimieren?

Die Frage ist, ob der künftige Weg eine Alternative oder ein Kompromiss zu heutigen Staatsfunktionen sein wird. Hinsichtlich der Steuerungsmechanismen gilt es differenziert abzuwägen. Die Frage

lautet nicht, mehr Staat oder Wettbewerb. Sondern: je nach Aufgabenbereich mehr Staat oder mehr Wettbewerb.

In modernen Gesellschaften klaffen die Partikularinteressen auseinander. Die Politik als Regelungsinstanz hat da generell zunehmende Probleme.

Mündige Bürgerinnen und Bürger formulieren heute ihre Interessen zunehmend akzentuierter. Das fordert die Politik, das fordert die Parteien, das fordert den Staat. Damit müssen sie umgehen können.

Sie sehen keinen Reformstau. Trotzdem: Wie sind denn die anstehenden Probleme – wirtschaftliches Wachstum, Gesundheitskosten, Überalterung der Gesellschaft, Sicherung der AHV – anzupacken?

Das sind ernsthafte Herausforderungen. Klare Rezepte zu deren Bewältigung gibt es nicht. Aber die Schweiz steht in all diesen Bereichen nicht kurz vor dem Abgrund. Das Problembewusstsein ist durchaus vorhanden, gestritten wird noch über die Lösungsansätze und die Frage der Verteilung.

Also fehlt es noch am Leistungsdruck in der Schweiz?

Es besteht in all den kritischen Bereichen noch Handlungsspielraum, der noch nicht ausgeschöpft ist.

Braucht es in Zukunft mehr Konsensfähigkeit oder ist mehr Konfrontation unter den Parteien und Interessengruppen gefragt, um danach in einer Synthese Lösungsansätze zu formulieren?

In einer ersten Phase braucht es die politische Konfrontation. Ich sehe da in den letzten

Jahren positive Entwicklungen: Man ist wieder eher bereit, auf Konfrontationskurs zu gehen. In einem zweiten Schritt ist dann Kompromissfähigkeit gefragt.

Wie beurteilen Sie generell die Konsensfähigkeit der Parteien heute im Vergleich zu früher?

Was in der Öffentlichkeit passiert und was im Zentrum der Politik, in den Kommissionen usw. abläuft, ist nicht dasselbe. Die öffentliche Politik ist klar auf Konfrontation ausgelegt, nicht zuletzt aus strategischen Gründen. Im nicht öffentlichen Teil der Politik aber ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit nach wie vor vorhanden.

Steuerpaket, Wiederbelebung der EU-Beitrittsfrage – in beiden Fällen haben die Kantone eine wichtige Rolle gespielt. Werden sie künftig im Machtgefüge gegenüber dem Bund vermehrt zu berücksichtigen sein?

Ich erwarte nicht, dass die Kantone künftig in allen politischen Themenbereichen zu einem wichtigen politischen Player werden und regelmässig mit Referenden drohen. Dazu sind die Kantone strukturell wie politisch zu unterschiedlich. Sie sind ja über ihre Landesvertreter bereits genügend in die Bundespolitik eingebunden. Beim Steuerpaket wären den Kantonen zu viele Steuereinnahmen entgangen. Die Kantone stehen schon untereinander im Steuerwettbewerb. Wenn sie da durch die Annahme des Steuerpakets von Bundesseite zusätzlich noch mehr unter Druck geraten wären, wäre da zu viel an steuerpolitischem

Handlungsspielraum verloren gegangen.

Wie sehen Sie die Rolle der Städte?

Die Städte werden vermehrt als politische Akteure auf den Plan treten. Sie sind in unserem politischen System noch zu wenig vertreten, obwohl sie in vielen Politikbereichen viel bedeutungsvoller sind als die Kantone.

«Zürichsee-Zeitungen»
vom 1. Juli 2004

Heute Andreas Ladner

Andreas Ladner, geboren 1958 in Zürich, studierte Soziologie, Volkswirtschaft und Publizistik an der Universität Zürich. Wohnhaft in Zürich, ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Institut der Universität Zürich tätig und seit 1995 als Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er ist Leiter verschiedener Nationalfonds-Forschungsprojekte über die politischen Parteien und die Schweizer Gemeinden. (zsz)